

Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 21.01.2015

- 1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.12.2014**
- 2 Beschlüsse**
 - 2.1 Subventionen 2015
 - 2.2 Unterstützung der wahlwerbenden Gruppen 2015
 - 2.3 Zuwendung an BR Fonds 2015
 - 2.4 Änderungen in den Ausschüssen
 - 2.5 Änderungen in den Fachausschüssen
- 3 Berichte**
 - 3.1 Bericht des Präsidenten – Kaske**
 - 3.2 Bericht des Direktors – Muhm**
 - 3.2.1 Arbeitsprogramm 2015 - Schwerpunkte
 - 3.2.2 Entwicklung der Anzahl der BibliotheksbesucherInnen 2005 - 2014
 - 3.2.3 Aktueller Bericht
 - 3.3 Beratung – Trenner**
 - 3.3.1 Aktueller Bericht
 - 3.4 Bildung – Aschauer-Nagl**
 - 3.4.1 L14 – Bildungs- und Berufsinformationstage
 - 3.4.2 Elterninfoabende: 14 – was nun?
 - 3.4.3 Woche der Wiener Ausbildungsgarantie
 - 3.4.4 Empfang der NeulehrerInnen
 - 3.4.5 Industriellenvereinigung: Beste Bildung für Österreich
 - 3.4.6 Langzeitarchivierung von AK-Publikationen
 - 3.4.7 Wiener Budgetvoranschlag 2015
 - 3.4.8 Hochhauskonzept
 - 3.4.9 Stand Mietrechtsreform
 - 3.4.10 Elektrogeräteversicherung
 - 3.4.11 Betriebsanlagenzentren in den Magistratischen Bezirksämtern
 - 3.4.12 Aktueller Bericht
 - 3.5 Information - Ficzeko**
 - 3.5.1 Empfang für die GesamtsiegerInnen der Berufswettbewerbe 2014 der AK Wien
 - 3.5.2 Aktueller Bericht
 - 3.6 Soziales – Kundtner**
 - 3.6.1 Arbeitsmarktdaten –Dezember 2014
 - 3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze – November und Dezember 2014
 - 3.6.3 Fortpflanzungsmedizinrechts-Änderungsgesetz
 - 3.6.4 IVF-Fonds-Gesetz-Novelle 2015
 - 3.6.5 Fackräfteverordnung 2015
 - 3.6.6 Aktueller Bericht

3.7 Wirtschaft - Kubitschek

- 3.7.1 EU-Investitionsoffensive
- 3.7.2 Die aktuelle WIFO-Prognose für Österreich
- 3.7.3 Ökostromförderbeitrag und Ökostrompauschale 2015
- 3.7.4 AK-Treibstoffpreisanalyse November 2014
- 3.7.5 Arbeitsgruppe Güterverkehr und Logistik - Maßnahmenpaket
- 3.7.6 Aktueller Bericht

4 Allfälliges

Kaske begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung.

Beschluss:

Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 21.01.2015 wird genehmigt.

➔ einstimmig angenommen

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.12.2014

Kaske ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.12.2014.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 09.12.2014 wird genehmigt.

➔ einstimmig angenommen

2 Beschlüsse

2.1 Subventionen 2015

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Subvention für das Jahr 2015:

Nr	Antragsteller	gefördert 2014	neuer Antrag 2015	Beschluss
1	Jugend am Werk	€ 72.500,00	€ 72.500,00	€ 72.500,00
Die Auszahlung erfolgt in 2 Teilbeträgen: 50 % im März 2015 50 % im September 2015				
Angenommen ☒		Einstimmig ☒		Mehrstimmig ☐
				Ablehnung ☐

2.2 Unterstützung der wahlwerbenden Gruppen 2015

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Unterstützung der wahlwerbenden Gruppen für 2015:

Lt Voranschlag 2015 beträgt die
Summe der Einnahmen aus Kammerumlagen 98.500.000,00 €

davon 2,5 % 2.462.500,00 €

Wahlwerbende Gruppe	Wahlergebnis in %	Unterstützung 2015
FSG	58,73	€ 1.446.226,25
ÖAAB	10,34	€ 254.622,50
FA	9,03	€ 222.363,75
AUGE/UG	7,93	€ 195.276,25
GA	4,69	€ 115.491,25
Liste Perspektive	2,39	€ 58.853,75
ARGE	2,08	€ 51.220,00
GLB	1,51	€ 37.183,75
TÜRKIS	1,05	€ 25.856,25
KOMINT	0,98	€ 24.132,50
BDFA	0,80	€ 19.700,00
Die Auszahlung erfolgt in 2 Teilbeträgen: 50 % im März 2015 50 % im September 2015		

→ einstimmig angenommen

Rasch ersucht, da die Einnahmen aus Kammerumlagen höher als budgetiert ausfielen, anzudeuten die Mehreinnahmen nach dem Aufteilungsschlüssel den wahlwerbenden Gruppen zuzuteilen. Vorbehaltlich einer politischen Entscheidung weist **Muhm** darauf hin, dass die AK Wien von allen Arbeiterkammern den mit Abstand höchsten Prozentsatz an der Zuteilung von Mitteln an die wahlwerbenden Gruppen hat und es gegenüber der Öffentlichkeit immer von Vorteil war vom Voranschlag auszugehen, zumal letztlich nur etwas mehr als 2 % kommuniziert werden musste.

2.3 Zuwendung an BR-Fonds 2015

Der Betriebsrat der AK Wien hat um Zuwendung an den BR-Fonds ersucht.

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Zuwendung an den BR-Fonds 2015:

BR Körperschaft	Zuwendung für das Jahr 2014	Zuwendung für das Jahr 2015
AK Wien (Grundförderung, Kultur, Sport, Ang. Bibliothek)	50.000,00 €	50.000,00 €
Die Auszahlung erfolgt in 2 Teilbeträgen: 25.000 Euro im Jänner 2015 25.000 Euro im Juli 2015		

→ einstimmig angenommen

2.4 Änderungen in den Ausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Änderungen in den Ausschüssen:

Ausschuss 2

**Angelegenheiten des
Öffentlichen Dienstes**

neues Ersatzmitglied Wadsack Andrea FSG anstelle von: Weißmann Sabine

Ausschuss 5

EU und Internationales

neues kooptiertes Ersatzmitglied Kohwalter Reinhard ÖAAB anstelle von: Pörtl Friedrich

Ausschuss 8

Frauen- und Familienpolitik

neues Mitglied Höger Eva-Maria FSG anstelle von: Weißmann Sabine
neues Ersatzmitglied Weißmann Sabine FSG anstelle von: Höger Eva-Maria

Ausschuss 10

Kommunal- und Regionalpolitik

neues Ersatzmitglied Krachler Werner FSG anstelle von: Weißmann Sabine

Ausschuss 11

**Konsumentenschutz und
Konsumentenpolitik**

neues Ersatzmitglied Wohlmuth Nicolai FSG anstelle von: Weißmann Sabine

→ einstimmig angenommen

2.5 Änderungen in den Fachausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Änderungen in den Fachausschüssen:

FA Elektrotechniker-Gürtler-Graveure (PRO-GE)

Ersatzmitglied neu

Mario SCHÖNEGGER

FA Heime und Internate (VIDA)

Ersatzmitglieder neu

Brigitte GABAUER

Edith TRIJASKA-DOBIAS

FA Hotel- und Beherbergungsbetriebe (VIDA)

Ersatzmitglied neu

Linda LINDINGER

FA Soziale Dienste (VIDA)

Mitglied neu

Martin BUCHINGER

Gabriele AUER (vorher Ersatzmitglied)

Snezana DJURIC (vorher Ersatzmitglied)

Ersatzmitglied neu

Jelena BOSTAN (vorher Mitglied)

Roswitha KLINGER

FA Steinarbeiter (GBH)

Vorsitzender neu

Michael GRAF (vorher VStv)

Vorsitzender – Stv. neu

David SKIDELSKY (vorher Mitglied)

Mitglied neu

Friedrich DOCEKAL (vorher Vorsitzender)

Kassier neu

Josef STABER (vorher Mitglied)

Ersatzmitglied neu

Mario MEDJIMOREC (vorher Kassier)

→ einstimmig angenommen

Mitglied ausgeschieden

Eva PINKS

Jelena BOSTAN

Monika ROSENBERGER

Ersatzmitglied ausgeschieden

Gabriele AUER

Snezana DJURIC

Vorsitzender ausgeschieden

Friedrich DOCEKAL

Vorsitzender – Stv. ausgeschieden

Michael GRAF

Mitglied ausgeschieden

Josef STABER

David SKIDELSKY

Kassier ausgeschieden

Mario MEDJIMOREC

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten

Kaske gibt einen umfangreichen und vielfältigen Bericht über das letzte Monat. Einleitend erwähnt der Präsident, dass die Sozialpartner den EU-Beitritt Österreichs gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik würdigten. Eine Umfrage dieser Gesellschaft ergab ein insgesamt positives Bild über die EU-Entscheidung und die EU-Mitgliedschaft Österreichs.

Weiters erinnert **Kaske**, dass im Rahmen des neuen Fahrplans der ÖBB von der AK wieder 92.000 Fahrpläne verteilt wurden und sich die AK weiterhin zusammen mit der ÖBB um Verbesserung der Zugverbindungen und Fahrpläne für PendlerInnen kümmern wird.

Nachdem es im Vorfeld zu einem geplanten Treffen mit dem Präsidenten der Wiener Wirtschaftskammer am 17.12.2014 nach einem Medienbericht zu Verhandlungen zwischen ihm und Präsident Ruck über Tourismuszonen in Wien kommen sollte, musste dies von **Kaske** klar und deutlich dementiert und klargestellt werden, dass allfällige entsprechende Verhandlungen nur mit der zuständigen Gewerkschaft zu führen sind.

Das eher stagnierende Wirtschaftswachstum und die damit verbundene Steigerung der Arbeitslosigkeit macht den Präsidenten weiterhin große Sorge, zumal Wifo und IHS ihre Prognose für 2015 erneut gesenkt haben, sie rechnen nur noch mit 0,5 bzw. 0,8 (statt 1,2 bzw. 1,6) Prozent Realwachstum. Erst 2016 soll es mit 1,1 bzw. 1,6 Prozent etwas stärker aufwärtsgehen. Die Arbeitslosenrate steigt wegen der schwachen Konjunktur auf 9 Prozent. Für 2016 befürchtet das Wifo sogar noch einen weiteren Anstieg auf 9,3 Prozent, während das IHS einen leichten Rückgang auf 8,7 Prozent für möglich hält. Die Konjunkturbelebung, wie sie im Sommer noch für 2015 erhofft worden war, kann aus jetziger Sicht erst für übernächstes Jahr erwartet werden.

Der Präsident berichtet sodann über die am Dienstag, den 20. Jänner im Festsaal der Akademie der Wissenschaften stattgefundenen öffentliche Diskussionsveranstaltung des Wirtschaftsministeriums zum Thema „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft/TTIP: aktuelle Herausforderungen“, in welcher er die nach den derzeitigen bekannt gewordenen TTIP-Entwürfen klar ablehnende Position der BAK mit EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und Vizekanzler Mitterlehner diskutierte. Er erinnerte, dass ursprünglich von Seiten der Wiener Vertretung der EU-Kommission die AK als Veranstaltungskooperationspartner vorgesehen war, jedoch nicht zuletzt auch aufgrund der kritischen Haltung der AK zum TTIP von Seiten des Wirtschaftsministeriums offensichtlich davon Abstand genommen wurde. Im Einvernehmen mit Präsident Foglar hat **Kaske** die Forderungen von AK und ÖGB zum TTIP (u.a. Einbeziehung der von den USA bislang nicht ratifizierten ILO-Normen, keine Sonderklagerechte für Konzerne etc.) in die Diskussion eingebracht. Der BesucherInnenkreis setzte sich aus 2/3 BefürworterInnen und 1/3 KritikerInnen zusammen.

Nachdem die AK schon seit längerem immer wieder darauf hinweisen musste, dass Lebensmittel in Österreich teurer sind als in Deutschland, wurde dies durch aufgedeckte Kartellabsprachen durch die Bundeswettbewerbsbehörde gleichsam bestätigt. So etwa hat die Bundeswettbewerbsbehörde im Vorjahr rund 40 Hausdurchsuchungen bei österreichischen Unternehmen durchgeführt, darunter auch in der Spar-Zentrale oder bei NÖM. Seit 2012 wurden Lieferanten und Händler zu Geldstrafen von insgesamt gut 25 Mio. Euro verurteilt. Allein der Rewe-Konzern musste € 20,8 Mio. zahlen, das Milchunternehmen NÖM rund € 58.000,--. Nachdem Kartellabsprachen am Ende die Verbraucherinnen und Verbraucher dadurch höhere Preise zahlen, sollte - wie der Präsident seit langem fordert - die Strafe in den Verbraucherschutz fließen.

Nachdem die Schweizer Nationalbank den Euro Mindestkurs zum Schweizer Franken gekippt hat, und rund 150.000 Haushalte von dem gesunkenen Frankenkurs betroffen sind, ratet der AK Konsumentenschutz den KonsumentInnen mit Schweizer Franken-Krediten dringend mit ihrer Bank zu reden, zumal eine Gesamttempfehlung wie mit dem Fremdwährungskredit zu verfahren sei, immer nur eine Einzelfallentscheidung nach Prüfung des entsprechenden Falles sein kann. Die AK hat aber wichtige Fragen und Antworten zusammengefasst und ins Internet gestellt.

Zur Gründung der ÖBIB stellt **Kaske** fest, dass dies eine gute Lösung für Österreichs Industrie darstellt, da der Eigentümer nun wieder Verantwortung übernimmt und damit eine aktive Industriepolitik wieder möglich und gewährleistet ist. Das Konzept eines sich selbst erneuernden Aufsichtsrats ist gescheitert. Die Aufsichtsräte der Beteiligungsgesellschaften werden künftig von einem Nominierungsausschuss mit Beteiligung der Bundesregierung nach fachlichen Qualifikationskriterien bestellt. Die vom ÖVP-nahen Industriellen Norbert Zimmermann in Diskussion gebrachte vierjährige "Cooling-off-Phase" für Sozialpartner konnte gemeinsam mit der WKÖ abgewehrt werden, zumal dies auch für weitere (zukünftige) Rechtsvorschriften Beispielwirkung gehabt hätte. Die Bestellung erfolgt nun nach objektiv nachvollziehbaren Kriterien. Damit ist ein professioneller Auswahlprozess gewährleistet.

Mit dem Hinweis, dass die AK in mehreren Rankings gut abgeschnitten hat bedankt sich **Kaske** für seine Berichte abschließend bei allen Vorstandsmitgliedern und MitarbeiterInnen, denn dies sei ein gemeinsames "Gesamtkunstwerk".

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Bericht des Direktors - Muhm

Muhm verweist eingehend auf das Arbeitsprogramm der Arbeiterkammer Wien 2015, verweist auf die fünf Leithemenfelder "Mehr Chancengleichheit durch Bildungsreform", "Investiver und produktiver Sozialstaat", "Kurswechsel für Verteilung und Beschäftigung", "Qualität der Arbeit", "Zukunft Wien" (Arbeitstitel) und gibt anschließend einen Überblick über die Vorhaben des Zentralbereichs. Neubau und Besiedelung Plößlgasse, Planung der Zukunftsnutzung der TGA, Psychische Evaluierung, Social Media als Priorität in der Kommunikation verankern, AK Portal als Flaggschiff betreiben, Einführung einer hausweiten Studiendatenbank, Start Umsetzung Jugendstrategie, Unterstützung von ArbeitnehmerInnen mit EPU-Status, Interessenpolitische Schwerpunktsetzung im Rahmen der Rechtsschutzdurchführung (Musterprozesse), Neugestaltung Mitgliedsbeiträge und Subventionen, Initiierung und Begleitung der Arbeitsgruppe Industrie 0.4. und Big Data, Entscheidung über Organisationsprojekt „Wien wächst“: Erstellung Wienprogramm 2015-2020, Umsetzung der Ableitungen aus BAK Strategie Klausur der Präsidenten und Direktoren.

Anschließend bemerkt der Direktor am Beispiel der den Vorstandsmitgliedern zugegangenen Bibliotheksstatistik, dass der Umbau der Bibliothek von den LeserInnen gut angenommen wurde. Abschließend macht **Muhm** auf die ab 2.2.2015 für vier Wochen laufenden Steuerspartage, die nächste Tranche der "Lohnsteuer-runter" - BAK-Kampagne vom 9.2. bis 15.3.2015 und auf die Vorstellung des Buches des Ökonoms Gabriel Zucman „Steuerparadiese – wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird“ im Bildungszentrum der AK am 30.1.2015 um 10:00 Uhr aufmerksam.

Bezugnehmend auf das „Wienprogramm 2015-2020“ fragt **Pörtl**, ob es abgesehen von internen bereichsübergreifenden Arbeitsgruppen auch gemeinsame Arbeitsgruppen der AK mit den

Gewerkschaften und der Stadt zu diesem Thema gibt. **Muhm** betont den laufenden engen Kontakt mit den Gewerkschaften, verneint jedoch Arbeitsgruppen mit der Stadt Wien.

➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

3.3 Beratung – Trenner

Trenner geht auf das Arbeitsprogramm ein und referiert einleitend die Kernarbeitsfelder des Bereichs arbeitsrechtliche Beratung und Rechtsschutz. 2015 wird sowohl aus Kundensicht als auch aus Sicht der AK-internen Organisation unter externer Begleitung die Serviceleistung des Bereichs auf Basis sozialwissenschaftlicher und organisationstechnischer Sicht erforscht und die sich daraus ergebenden Änderungsnotwendigkeiten in Angriff genommen werden. Im Bereich der Abteilung Arbeitsrecht, die den größten Teil der Beratungsleistungen der AK Wien abarbeitet, ist auch der größte Anteil an Evaluierungsarbeit zu leisten. Dies neben der reibungslosen Abwicklung eines aus der Sicht zum Zeitpunkt der Erstellung der Arbeitsprogramme wiedersteigenden Gesamtanfalls an Beratungsleistungen. Unabhängig von diesen Standardleistungen sollen die Ergebnisse der Beratungen Grundlage für die Definition interessenpolitischer Ziele bilden. Die im Rahmen der Insolvenzbearbeitung eingesetzten technischen Mittel sollen 2015 weiterentwickelt und endgültig zur Anwendung kommen.

Weiters werden im Rahmen der Leitthemenfelder in der Abteilung Arbeitsrecht die wissenschaftliche Aufarbeitung arbeitsrechtlicher Diskussionsfelder gefördert werden. Die mit 1.1.2015 in Kraft tretenden Bestimmungen des LSDBG eröffnen neue Interventionsmöglichkeiten, die ab Beginn auszuschöpfen sind. Die aus der interessenpolitischen Schwerpunktsetzung sich ergebenden Einzelthematiken (Klauselrecht, Arbeitszeitrecht, LSDBG) werden unter dem Gesichtspunkt interessenpolitischer Auswertung der Verfahrensergebnisse auch durch das Ausloten der Judikaturgrenzen unterstützt werden. Dies soll einerseits durch den Einsatz verstärkter Mittel im Bereich der Musterprozesse und durch das Heranziehen von Rechtsbehelfen außerhalb des eigentlichen Rechtsschutzes (Verbandsverfahren) gefördert werden.

➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

Aschauer-Nagl verweist auf den schriftlich vorliegenden Bericht über die "L14 – Bildungs- und Berufsinformationstage vom 12. – 15.11.2014", berichtet dass durch Fortführung der Elterninformationsabende im Herbst 2014 in den Sprachen Deutsch, B/K/S (Bosnisch/Kroatisch/Serbisch) und Türkisch in sechs Bezirken jeweils in Kooperation mit Neuen Mittelschulen sowie der MA 17 rund 550 Eltern angesprochen werden konnten. Interessenpolitisch gelang es die langjährige Forderung der AK Wien nach einem eigenen Fach Berufsorientierung in der 7. und 8. Schulstufe in den neuen Mittelschulen durchzusetzen.

Mit Hinweis auf die Frage von **Paiha** im letzten Vorstand der AK Wien macht die Bereichsleiterin auf die vom 4. bis 7.11.2014 die von der Koordinationsstelle Jugend-Bildung-Beschäftigung organisierte „Woche der Wiener Ausbildungsgarantie“ aufmerksam. Zum Auftakt wurde von der Koordinationsstelle zu einer Kick-off-Veranstaltung eingeladen, bei der in kompakter Form alle Angebote der Wiener Ausbildungsgarantie präsentiert und mit ExpertInnen diskutiert wurden. Eine Vielzahl an Institutionen hatte im Rahmen der Woche der Wiener Ausbildungsgarantie ihre Türen für BesucherInnen geöffnet.

Mitarbeiterinnen des Teams Arbeitswelt & Schule der AK Wien haben einige Institutionen besucht und die Eindrücke in der vorliegenden schriftlichen Unterlage festgehalten.

Nach einem Hinweis auf den am 2.12.2014 stattgefundenen Empfang der NeulehrerInnen aus den berufsbildenden und allgemeinbildenden höheren Schulen in Wien lobt **Aschauer-Nagl** das Konzept der Industriellenvereinigung über eine grundlegende Neukonzeption des österreichischen Bildungswesens mit dem die AK nur in den Positionen zum Thema Schulautonomie und Schulorganisation nicht übereinstimmt. Das vorliegende IV-Modell ist eine wichtige Grundlage für weitere Diskussionen über die - auch von der AK geforderte - gemeinsame, ganztägige Schule. Positiv anzumerken ist die grundsätzliche Herangehensweise, die Bildung auch als Heranbildung und Stärkung wertorientierter und ganzheitlicher Persönlichkeiten sieht.

Mit Verweis auf die von der AK Bibliothek begonnenen Speicherung von Online-Publikationen der AK Wien beschließt die Bereichsleiterin ihre bildungspolitischen Berichte und erklärt kurz die Arbeitsvorhaben im Bereich Bildung: Im Rahmen des Leitthemenfeldes "Mehr Chancengleichheit durch Bildungsreform" wird sich die AK mit der Ausbildungsverpflichtung, der Qualitätssicherung in ganztägigen Schulformen, den Schlüsselkompetenzen in allen Altersstufen und den schulischen Ressourcen für Kindern mit sozialer Benachteiligung beschäftigen. Im Rahmen des sozialstaatlichen Leitthemenfeld wird eine Broschüre über die Errungenschaften des ÖGB für den Sozialstaat vorbereitet. Weiters sind in der Abteilung "Bildungspolitik" Arbeitswelt und Schule, Qualifikationsentwicklung und eine Neupositionierung des Bildungsgutscheins der AK Wien Schwerpunkte. Die Bibliothek wird die Projekte „AK Bibliothek Digital“, „Aufbau einer DVD-Sammlung mit Filmen zum Thema „Arbeit“ und „Ausbau der digitalen Bibliothek“ weiterführen. Das "Geschichtsinstitut" wird seine Publikationsreihe sowie die laufenden Arbeiten für den Theodor-Körner-Fonds und den Edith-Saurer-Fonds fortführen.

Bezüglich der Frage von **Rasch**, ob auch die Sektion LehrerInnen der GÖD zum Empfang der NeulehrerInnen eingeladen wurde, wird sich **Aschauer-Nagl** in der Abteilung erkundigen und Bescheid geben.

Eingehend auf die Wiener Kommunalpolitik und der schriftlich vorliegenden Analyse der AK des Wiener Budgetvoranschlags 2015 verweist **Aschauer-Nagl** einmal mehr auf die Forderung der AK nach einer Weiterentwicklung des Wiener Rechnungswesens in Richtung einer integrierten Vermögens-, Finanz- und Erfolgsrechnung aus Gründen der Transparenz, zumal die Ausführungen zur strategischen Vorschau zum Schulden- und Liquiditätsmanagement im Budgetvoranschlag 2015 bei weitem nicht ausreichen.

Nach Hinweis auf das "Hochhauskonzept" und die magistratischen Betriebsanlagenzentren, erläutert die Bereichsleiterin das Arbeitsprogramm der AK, in dem die „Zukunft Wien“ ein eigenes Leitthemenfeld darstellt. Das Programm "Wien 2015-2020", die Gentrifizierung und Segregation in Wien, verkehrspolitische Fragen in Zusammenhang mit "Wien wächst" und vor allem die Sicherung leistbarer Wohnversorgung der ArbeitnehmerInnen sind zentrale Arbeitsfelder, die innerhalb der und ergänzt durch die laufenden Arbeiten der Abteilung "Kommunalpolitik" (Zeitschrift „AK Stadt“ ausbauen, „Soziale Stadt“, „Arbeitsmarkt Wien“, „Leben und Arbeiten in der Stadt“) besorgt werden.

Nach einem kurzen konsumentenpolitischen Hinweis auf die Unterlage über die Elektrogeräteversicherung merkt **Aschauer-Nagl** an, dass es sehr erfreulich ist, dass durch die AK Kampagne "Leistbares Wohnen" nun etwas Bewegung in die Diskussion um die Reform des Mietrechtes kam. In der Vorlage eines Universalmietgesetzes der SPÖ-Bautensprecherin sind nämlich wichtige Forderungen aus der AK-Kampagne (Klare Mietobergrenzen, Weg mit den Befristungen,

Betriebskosten senken) enthalten. Allerdings ist es nach wie vor fraglich, ob 2015 eine mieterfreundliche Regelung mit der Erfüllung der zentralen Forderungen der AK gesetzlich beschlossen wird. Jedenfalls steht die Bundesregierung dank der AK-Kampagne unter Erfolgsdruck. Abgesehen von dieser für 2015 zentralen Materie wird sich die Abteilung Konsumentenschutz 2015 besonders mit "Konsumentenrecht in der digitalen Welt", den Schutz der KonsumentInnen vor Nachteilen bei Finanzdienstleistungen und dem Aufzeigen von Preisentwicklungen beschäftigen.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.5 Information - Ficzeko

Ficzeko bespricht einleitend die von den Abteilungen seines Bereichs nach dem Arbeitsprogramm zu bearbeitenden Aufgabenfelder: Kontrolle der Betriebsratsfonds sowie deren treuhänderische Verwaltung, IFAM Ausbildung von ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat, Strukturwandelbarometer, Beratung zu Fragen der wirtschaftlichen Mitbestimmung, Berufliche Aus- und Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen, insbesondere von Lehrlingen und HandelsschülerInnen fördern, Branchenanalysen, Bilanzdatenpool, Corporate Governance, Gesellschaftspolitisches Diskussionsforum (GEDIFO), Monitoring der betrieblichen Verteilungspolitik, Weiterentwicklung der Rechnungslegung, und Reform der Wirtschaftsprüfung, Monitoring von Banken und Versicherungen, politische Seminare für ArbeitnehmervertreterInnen, ReferentInnenakademie, Kontaktpersonen der AK-Wahl – „Projekt 1500/3000“, Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Aktivitäten für ArbeitsjubilareInnen und Betriebsbesuche.

Weiters verweist **Ficzeko** auf die Unterlage über den Empfang für die GesamtsiegerInnen der Berufswettbewerbe 2014 der AK Wien und informiert über die Fortführung der Betreuung der BetriebsrätInnen gemeinsam mit den Gewerkschaften.

Nach Hinweis auf die an alle Vorstandsmitglieder verteilten Broschüren (Jahrbuch der Sozialakademie, Programm 2015 für LaienrichterInnen, BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen und dem von der BAK herausgegeben "Lesebuch mit Erfahrungsberichten zur transnationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit" unter dem Titel "Hinter dem Horizont geht's weiter...") erinnert der Bereichsleiter, dass bekanntlich die höhere Besteuerung von Managergehälter über 500.000 Euro jährlich Teil des im Vorjahr beschlossenen "Abgabenänderungsgesetzes" war. Seither können Unternehmen die Gehälter ihrer Mitarbeiter nur noch bis zu dieser Obergrenze als Betriebsausgabe absetzen, darüber liegende Gehaltsteile sind voll zu versteuern (also mit 25 Prozent Körperschaftssteuer). Nach Klagen dagegen hat nun der Verfassungsgerichtshof (VfGH) den Steuermalus für besonders hohe Managergehälter bestätigt. Die mit dem Steuerpaket 2014 eingeführte Regelung, von der sich die Regierung 60 Mio. Euro erwartet, bleibt damit weiter in Kraft.

Rösch ersucht um den Wortlaut der Entscheidung des VfGH, deren Zusendung von Ficzeko zugesagt wird.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.6 Soziales – Kundtner

Kundtner macht auf die schriftlich vorliegenden Berichte aus ihrem Bereich aufmerksam und merkt aktuell an, dass es gelungen ist eine Zusammenarbeit der Bundesarbeitskammer mit dem Österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverband (ÖGKV) zu erreichen. BAK und ÖGKV setzen sich nun gemeinsam mit den zuständigen Fachgewerkschaften für die Registrierung durch die Arbeiterkammer als zuständige Behörde ein. Die stellvertretende Direktorin hofft, dass es in den nächsten Wochen gelingen wird alle VertreterInnen der Berufsangehörigen ins Boot zu holen. Noch laufen Verhandlungen mit dem Dachverband der medizinisch-technischen Dienste (MTD Austria). Die AK soll bekanntlich bundesweit die Trägerorganisation der Registrierungsbehörde werden. Sie bringt in diese Bundesbehörde Sachkompetenz und eine schon vorhandene gut ausgebaute Infrastruktur ein. Damit wird für alle Berufsangehörigen ein kostengünstiges und arbeits- oder wohnortnahes Registrierungsservice ermöglicht. Der ÖGKV bildet seine Fachkompetenz im Rahmen der Zertifizierung von Fortbildungsanbietern ab. Das Bundesministerium für Gesundheit als weisungsberechtigte Aufsichtsbehörde sowie der ÖGKV, die AK, der ÖGB und die Fachgewerkschaften GdG-KMSfB, vda, Gpa-djp und Göd setzen sich gemeinsam ein, um die Fachkompetenz und die Fortbildung der Menschen zu sichern, die in den nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen für die Gesundheit und Pflege der Menschen täglich arbeiten.

Weiters macht **Kundtner** auf den an alle Vorstandsmitglieder verteilten Folder der AK "Frauen und das neue Pensionskonto" aufmerksam. Allein der Hinweis auf diesen Folder brachte innerhalb von 24 Stunden rund 600 neue Followers auf der Facebook-Seite der AK.

Die stellvertretende Direktorin verweist abschließend auf die detaillierte Auflistung und Beschreibung aller Projekte des Sozialbereichs im schriftlich vorliegenden Arbeitsprogramm und macht - abgesehen von dem auch weiterhin zentralen Arbeitsgebiet Arbeitsmarktpolitik - insbesondere auf das Wiedereinstiegsmonitoring aufmerksam, welches das Wiedereinstiegsverhalten von Frauen und Männern nach einer Elternkarenz unter Beteiligung auch der Länderkammern untersuchen wird. Herauszugreifen aus den in der Unterlage angeführten Arbeitsvorhaben ist innerhalb des ArbeitnehmerInnenschutzes etwa auch die Umsetzung der ASchG-Novelle 2013 mit Schwerpunkt auf die Evaluierung psychischer Arbeitsbelastungen. Ein weiterhin zentraler Schwerpunkt bleibt das Projekt: Website, Studie und Publikationen zum „Abhängigkeitsquoten-Rechner“.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.7 Wirtschaft – Kubitschek

Kubitschek verweist auf das umfangreiche schriftlich vorliegende Arbeitsprogramm des Bereichs Wirtschaft und hebt abgesehen von den selbstverständlich weiter laufenden wichtigen Arbeitsbereichen EU, Handelspolitik etc. vor allem vier umfangreiche Themenblöcke hervor, welchen besonderes Augenmerk geschenkt werden wird. Es sind dies Steuerpolitik, Steuerbetrug, Steueroasen; Wirtschaft und Arbeit, Standortpolitik und Digitalisierung der Wirtschaft.

Eingehend auf die schriftlich vorgelegten Unterlagen betont, die Bereichsleiterin die Säumigkeit der EU in den letzten Jahren angesichts der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage entsprechende Investitionen zu tätigen. Die nun vom neuen Kommissionspräsidenten Juncker im November 2014 vorgestellte Investitionsoffensive für Europa ist deshalb grundsätzlich begrüßenswert, allerdings in seiner konkreten Ausgestaltung mit etlichen Fragezeichen versehen. Es ist zu befürchten, dass sich der Investitionsplan als trojanisches Pferd erweisen könnte, da unter der Überschrift Investitionsförderung die alte neoliberale Agenda neuerlich forciert wird: Rückzug des Staates mittels

PPP-Modellen, Outsourcing und struktureller Privatisierung, unterstützt mit einer Vorrangigkeit auf die Interessen privater InvestorInnen ausgerichteten Wirtschaftspolitik.

Nachdem auf die neuen WIFO- und IHS-Prognosen bereits der Präsident hingewiesen hat, geht die Bereichsleiterin auf die Ökostromproblematik ein. Mit Inkrafttreten des Ökostromgesetzes 2012 (ÖSG 2012) wurde das Ökostromfördersystem in Österreich umgestellt. Die Finanzierung des Mehraufwandes für die Ökostromerzeugung erfolgt seit 1. Juli 2012 über Zuschläge zu den Systemnutzungsentgeltkomponenten (Netznutzungs- und Netzverlustentgelt) und der Ökostrompauschale. Diese beiden Komponenten werden von den Verteilernetzbetreibern eingehoben und sind von allen, an das öffentliche Stromnetz angeschlossenen EndverbraucherInnen zu bezahlen. Mit nun vorliegenden Verordnungsentwürfen des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft wird einerseits die Höhe der prozentuellen Aufschläge auf diese Netznutzungskomponenten je Netzebene für die Berechnung des Ökostromförderbeitrages für 2015 vorgeschlagen, sowie andererseits erstmals die Höhe der Ökostrompauschale für die Jahre 2015 bis 2017 neu festgelegt. Bis 2014 war die Höhe der Ökostrompauschale im Gesetz (ÖSG 2012) geregelt. Im Rahmen der Stellungnahme zu den Begutachtungsentwürfen hat die AK gefordert, dass die Prognosegutachten, die diesen beiden Verordnungen zugrunde liegen, zu veröffentlichen und die Prognoseberechnungen der Beschaffungskosten für die Ausgleichsenergie zu überprüfen sind. Darüber hinaus fordert die AK eine rasche Reform der Ökostromförderung, beginnend bereits im Jahr 2015. Nach Ansicht der AK macht der steigende Finanzierungsbedarf spätestens im Jahr 2016 eine Neu-Notifizierung des Ökostromgesetzes erforderlich.

Bekanntlich erhebt – wie **Kubitschek** erinnert - die AK vierteljährlich die Treibstoffpreise in ganz Österreich, die in einem Analysebericht zusammengefasst werden. Ziel ist es, einen Überblick über die Preis- und Wettbewerbssituation zu erhalten und die Öffentlichkeit für die Problembereiche des Mineralölsektors zu sensibilisieren. Die aktuelle AK-Treibstoffpreisanalyse vom November 2014 zeigt, dass die Treibstoffpreise zuletzt deutlich gesunken sind. Die AK begrüßte daher die Verlängerung der Verordnungen zur Preistransparenzdatenbank und dem Spritpreisrechner bis 2016, fordert aber gleichzeitig eine unbefristete Regelung. Außerdem bleibt auch die Forderung nach Maßnahmen auf europäischer Ebene (Einschränkung der Spekulationen, EU-Marktuntersuchung) aufrecht.

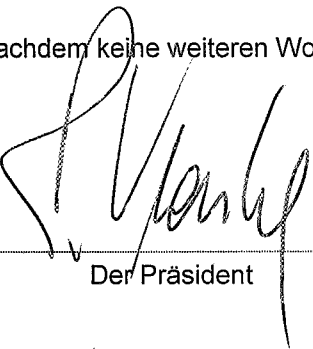
Abschließend berichtet die Bereichsleiterin, dass im Sommer 2013 ausgehend vom Gesamtverkehrsplan, vom BMVIT eine gemeinsame Plattform für alle Interessengruppen im Bereich Güterverkehr und Logistik gebildet und ein Arbeitsgruppenprozess gestartet wurde, um den Gesamtverkehrsplan zu konkretisieren und Maßnahmenvorschläge zu sammeln und zu diskutieren. Das erklärte gemeinsame Ziel aller Beteiligten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sowie der Sozialpartner ist, Österreich als maßgebliche Logistikkdrehscheibe zu positionieren und die Ziele des Gesamtverkehrsplanes (unter anderem auch das Ziel, bis 2025 40 Prozent des Güterverkehrs auf die Schiene zu verlagern) zu erreichen. Dieses Vorhaben findet sich auch im aktuellen Regierungsprogramm. Das den Vorstandsmitgliedern mit den Unterlagen zugegangene Papier inkl. der Stellungnahme der Sozialpartner stellt eine detaillierte Information über den inzwischen abgeschlossenen und dem Minister übergebenen Arbeitsgruppenprozess dar. Die AK hat gemeinsam mit der Gewerkschaft ihre Vorschläge in die Arbeitsgruppe Güterverkehr und Logistik eingebracht, womit nicht nur die Ziele des Gesamtverkehrsplans erreicht werden, sondern der Güterverkehr ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltig gestaltet werden könnte. Vorrangig ist die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping im Gütertransport durch ein klares, EU-weites Verbot von Pauschalentlohnungen, verbunden mit strengen Kontrollen auch der Transportleistungen ausländischer Unternehmen im Inland, weiters die Verbesserung der Regelungen zur Aus- und Weiterbildung von Lkw-LenkerInnen und die gezielte Förderung der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene.

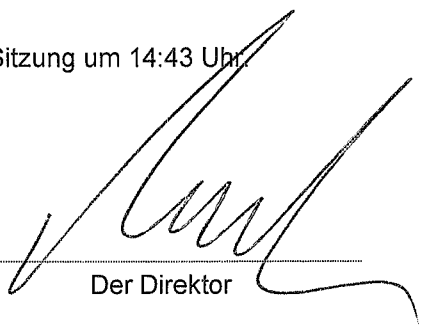
→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

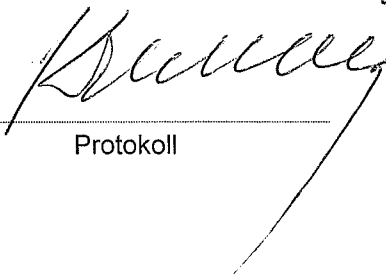
4 Allfälliges

Pörtl ersucht um einen Halbjahreskalender aller von und in der AK geplanten Veranstaltungen. **Muhm** verweist auf die oftmals aus Aktualitätsgründen nur sehr kurzfristige Planung und Durchführung von Veranstaltungen, wird jedoch versuchen soweit möglich einen entsprechenden Kalender erstellen zu lassen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt **Kaske** die Sitzung um 14:43 Uhr.



Der Präsident

Der Direktor

Protokoll